

zing wahrhaftig eine kleine Gänsehaut. Er stammte nämlich nicht aus dem Geschlechte der Speckbacher von 1809. Die Wette hatte ich also gewonnen. Nur ein paar Halbe Bier. Und für die hatte ich leichtsinnig mein Leben aufs Spiel gesetzt! Seitdem habe ich nie mehr eine solche Wette gemacht.

Übrigens hatte ich während meines „heroischen“ Umganges, besonders aber nach dem glücklich vermiedenen Sturz, ein Ave Maria nach dem andern für die armen Seelen gebetet. Dadurch hoffte ich die in ihrem Todesschlaf so unverschämt gestörten Manen einigermaßen zu begütigen. Meinen Kameraden gestand ich dies natürlich nicht. Das wäre ja gegen meine „Ehre“ gewesen! So grundfalsch war damals mein studentischer Ehrbegriff. Ja ich renommierte in meiner Prahlucht sogar öfters mit Lieb-schaften — obwohl ich keine hatte, außer einigen platonischen Ideen, die damals kaum schlimmer waren als meine Schwärmerei für die schönen Wangen meiner Stiefmütterchen.

Meine sittliche Führung war überhaupt ziemlich tadellos, aber mein ganzer geistiger Energieaufwand stand — abgesehen von der Erfüllung der religiösen Pflichten — nicht im Dienste Gottes, sondern im Dienste des jugendlichen Ehrgeizes. Ein berühmter „Universitätsprofessor“ zu werden, das war das Ziel meines selbstgefälligen Strebens. Der fromme Jugendtraum, Jesuit zu werden, stand am Horizonte nur noch wie ein Schreckgespenst, dem ich zu entfliehen suchte. (Schluß folgt.)

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I.

Wie leicht man sich bei allgemeinen Urteilen über die religiöse Lage der Gegenwart irrt, zeigt wieder der Abschluß mehrmonatiger Auseinandersetzungen im „Frankfurter Israelitischen Gemeindeblatt“ (April 1932, 169 ff.). Professor Dr. Richard Koch hatte in diesem „amtlichen Organ“ behauptet: „Der jüdische Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen ist, mehr noch als der anderer Bekenntnisse, oft kaum mehr als ein Stück vermodernder Welt, das unsere Kinder mit Recht so heftig ablehnen, wie das mit allem Faulenden geschehen muß.“ Nichts sei für sie so reizlos „wie irgend eine Religionsstunde unserer Zeit“. Dazu stellt der Rabbiner Dr. Seligmann „aus eigener nahezu fünf Jahrzehnte umspannender Erfahrung“ ruhig fest: „Der gesamte Religionsunterricht ist fakultativ; jedes Schulkind kann bis zum vierzehnten Lebensjahr von seinen Eltern ohne weiteres vom Religionsunterricht dispensiert werden, vom vierzehnten Lebensjahr an sich selbst dispensieren. Und nun nehmen gerade hier in Frankfurt seit zwanzig bis dreißig Jahren durchschnittlich achtundneunzig Prozent jüdischer Kinder am Religionsunterricht teil! Und ich könnte Herrn Professor Dr. Koch zahllose mündliche und schriftliche spontane Bezeugungen mitteilen, daß der jüdische

Religionsunterricht ihnen der interessanteste, anregendste und unvergeßlichste Unterricht während der ganzen Schulzeit gewesen sei.“

Nicht weniger übertrieben als viele Vorwürfe gegen den heutigen Religionsunterricht sind die Klagen über Schädigung des religiösen Lebens durch das „Wochenende“. Es ist trotz mancher Mißbräuche, wie der Freiburger Moralist Franz Keller in der „Schöneren Zukunft“ (15. Mai 1932, 766 f.) ausführt, eine „zeitgemäß geprägte Form der Sonntagsruhe“ und läßt sich „mit der Sonntagsheiligung zu einem untrennbaren Ganzen“ verbinden. Im katholischen Sinne kann und soll aus dem Naturerleben das Gotterleben aufsteigen, Körperkultur seelisch-sittliche Kraftquellen wecken und echter Gemeinschaftsgeist religiöses Heimatgefühl in jeder Ausflugsmesse lebendig machen, ob sie am Großstadtbahnhof oder in der Dorfkirche gefeiert wird. Der großstädtische Sonntagswanderer „hungert vielfach, äußerer Form satt, nach kerniger Einfachheit im religiösen Leben. Seine Seele ist empfindsamer als sonst. Der helle Sonntagmorgen, das Sonntagschweigen auf dem Dorfe drängen ihn in eine Seelenhaltung, die im Jubel und in der Naturverbundenheit unserer Meßliturgie harmonische Entspannung finden könnte.“

Gerade bei Männern und Jungmännern der Großstadt offenbart sich gelegentlich weit mehr Sinn für Religion, als der Durchschnittsbeobachter annimmt. In einer katholischen Kapelle Dortmunds versammeln sich seit Monaten immer neue Gruppen von Arbeitern und Akademikern zu „Religiösen Schulungswochen“, die mit gemeinschaftlichem Sakramentenempfang schließen. Der Vorort des Verbandes der Katholischen Studentenvereine (K.V.) kann in seinem Jahresberichte („Schwarzes Brett“, Juni 1932, 230) mitteilen: „Vor allem die religiös-weltanschauliche Schulung der Fuchsmajore wird seit Jahren vom Religiös-weltanschaulichen Ausschuß mit einem weit über unsere Kreise hinaus beachteten Erfolge gepflegt.“ In Köln zogen elf Uhr nachts vor dem Passionssonntag 19 500 Männer und Jungmänner aus allen Ständen betend vom Dom zur Gnadenkapelle in Kalk und dann sofort wieder in den Dom, wo vor drei Uhr morgens die Messe begann und dreißig Priester mehr als zehntausend Prozessionsteilnehmern die Kommunion reichten. (Vgl. diese Zeitschrift, April 1932, 27 ff.)

Diese großartige Kundgebung entsprach ganz dem Geiste des päpstlichen Rundschreibens „Caritate Christi“ vom 3. Mai 1932, das „Gebete und Sühnopfer zu Ehren des heiligsten Herzens Jesu“ anordnet, weil durch Beten und Büßen die „arme, führerlos umherirrende Menschheit“ Gott wieder nahegebracht und dem höchsten Herrn für die frevelhafte Abkehr von ihm Sühne geleistet werden müsse.

Der Eindruck dieses Rundschreibens wurde in Deutschland durch die Notverordnung vom 4. Mai 1932 verstärkt, die das von vielen lang erwartete Verbot der kommunistischen Gottlosenverbände brachte. Der nichtkommunistische Deutsche Freidenkerverband erklärte in seinem Einspruch gegen dieses Verbot, es richte sich weniger gegen den Kommunismus als gegen die Gewissensfreiheit; man strebe danach, „mit Hilfe des Staatsapparates die gesamte Freidenkerbewegung zu ver-

nichten und jede antireligiöse und antikirchliche Propaganda unmöglich zu machen“. Aber wie die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (Artikel 142), so schließt die in gleicher Weise verbürgte Gewissensfreiheit nicht das Recht ein, die Grundlagen des auf der Verfassung ruhenden Staates so zu erschüttern, wie es die kommunistische Gottlosenpropaganda versucht. Und wenn Artikel 137 allen Weltanschauungen Freiheit zusichert, so ist nicht minder wahr, daß Artikel 135 bestimmt: „Die ungestörte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz.“ Der deutsche Staat „legt in scharfem Gegensatz zu früher seinen Einrichtungen nicht mehr die christlichen Anschauungen zu Grunde“ (G. J. Ebers, Staat und Kirche im neuen Deutschland [München 1930] 123 f.), er ist „religiös-neutral“ und überläßt es jeder Weltanschauungsgruppe, das Staatsleben so weit mit ihrem Geiste zu erfüllen, als es ihr auf verfassungsmäßigem Wege gelingt. Die kommunistischen Propagandamethoden sind von diesem Wege abgeirrt. (Vgl. diese Zeitschrift, April 1932, 14 ff. 44 ff.)

Bewundernswert ist dagegen die stille und doch so mächtige Werbearbeit der großen katholischen Missionsvereine, die am 10. und 11. Mai 1932 in Fulda ihre deutsche Generalversammlung hielten. Die Zeitschrift des Vereins der Kindheit Jesu hat in Deutschland eine Auflage von neunhunderttausend und steht damit an der Spitze aller deutschen Kinderorganisationen. Die deutschen Einnahmen des Vereins sind 1931 trotz der wirtschaftlichen Not nur um zweihunderttausend Mark zurückgegangen. Die Einnahmen des Werkes der Glaubensverbreitung haben sich in der Welt um 16 Prozent verringert, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika um 25 Prozent, in Frankreich um 10 Prozent, in Deutschland aber nur um 8,7 Prozent, im Gebiete der Fuldaer Bischofskonferenz sogar nur um 4,6 Prozent, und die größten Beiträge kommen in Deutschland von kleinen Leuten.

Immerhin werden durch den Ausfall an Unterstützungen viele hoffnungsvolle Missionen empfindlich getroffen, und auch der Bonifatiusverein klagt in einem Rundschreiben an den Klerus, daß er ohne Eröffnung neuer Hilfsquellen, etwa durch „letztwillige Verfügung oder Gewährung eines Kapitals oder anderer Vermögenswerte für eine belastete Stiftung mit dem Rechte der gänzlichen oder teilweisen Rückforderung und mit Zinsenvorbehalt für den Stifter usw.“, den unabweisbaren Anforderungen der Diaspora nicht zu genügen vermöge. Da überschüssige Landjugend von den Industriestädten nicht mehr aufgenommen werden könne, sondern im Gegenteil eine Rückwanderung aus der Stadt aufs Land nötig geworden sei, entstünden zwangsläufig neue Diasporagebiete, und der Aufgabenkreis des Bonifatiusvereins wachse aus denselben Gründen, aus denen seine Finanzkraft schwächer werde.

II.

Der katholische Wissenschaftsbetrieb ist von einer freilich schon abklingenden Zeitströmung, die klarem Denken und zumal strenger Beweisführung wenig hold war, nicht unberührt geblieben. Auch aus

diesem Grunde ist es erfreulich, daß ein so betont verstandesmäßig aufgebautes Werk wie das „Lehrbuch der Aszetik“ von Otto Zimmermann S. J. trotz seines Umfangs in drei Jahren eine „zweite, vermehrte und verbesserte Auflage“ erreicht hat (Freiburg 1932, Herder). Der Verfasser beruft sich (S. 7) auf ein Schreiben des Papstes Benedikt XV., der gegenüber den heute drohenden Gefahren einer „verschwommenen und sentimentalischen Aszese“ und einer „falschen Mystik“ die „klare Erkenntnis“ des geistlichen Lebens als unerläßlich bezeichnet.

Dieser Klarheit dienen in den Pariser „Études Carmélitaines“ (April 1932, 113—167) die Untersuchungen des berühmten Madrider Arabisten Miguel Asín Palacios über mohammedanische Vorlagen der mystischen Schriften des hl. Johannes vom Kreuz. Beim hl. Thomas von Aquin und bei Duns Scotus sind Entlehnungen aus der glänzenden Geisteskultur, die unter dem Halbmond in Spanien entstanden ist, ja schon lange bekannt. Nun weist Asín Palacios eine so große Zahl gedanklicher und sprachlicher Ähnlichkeiten zwischen dem noch heute in der mohammedanischen Welt hochverehrten Mystiker Ibn Abbad aus Ronda und dem um zwei Jahrhunderte späteren Karmeliter nach, daß eine Erklärung aus bloßem Zufall oder aus gleichen psychologischen Voraussetzungen nicht genügt (136). Da sich in den Städten, in denen der hl. Johannes vom Kreuz gelebt hat, noch zu seiner Zeit starke Gruppen von Morisken urkundlich feststellen lassen (137), so ist die „Hypothese“ nicht auszuschließen, daß hier der Islam, in den während des Mittelalters die Gedanken der christlichen Mystik eingeströmt sind, in ähnlicher Weise ein literarisches Vorbild geliefert hat wie schon vorher der Neuplatonismus der pseudodionysischen Schriften (139).

Unübertroffene Gründlichkeit hat seit Jahrzehnten die Kritik, auch die nichtkatholische, immer wieder der „Geschichte der altkirchlichen Literatur“ von Otto Bardenhewer nachgerühmt. Der fünfte Band (Freiburg 1932, Herder), mit dem nun der greise Prälat sein Lebenswerk abschließt, schildert für das 6. bis 8. Jahrhundert die dogmatische, ethische, biblische, kirchengeschichtliche Literatur, die geistliche Beredsamkeit und die kirchliche Dichtung bei Griechen, Armeniern und Lateinern.

Die von Bardenhewer (IV 99) vermißte Übersetzung aller Werke des Klassikers der koptischen Literatur, des herrschgewaltigen und noch heute in der koptischen Kirche lebendig fortwirkenden Abtes Shenute, hat wegen der Schwierigkeit des Textes und der Mangelhaftigkeit der koptologischen Hilfsmittel lange Zeit niemand in Angriff nehmen wollen. Jetzt legt Hermann Wiesmann S. J., als Schüler Sethes und Spiegelbergs mit der koptischen Philologie seit Jahren vertraut, den ersten Band einer kritischen Übersetzung ins Lateinische vor. Er ist wie Leipoldts noch unvollendete Ausgabe des Urtextes unter dem Titel „Sinuthii archimandritae Vita et Opera omnia“ im „Corpus scriptorum christianorum orientalium“ erschienen.

Eine nicht weniger mühsame und für Generationen wegweisende Arbeit hat Georg Schurhammer S. J. mit seinen Xaver-Forschungen auf sich genommen. Nach mehreren großen, die asiatische Umwelt des Heiligen

überraschend erhellenden Veröffentlichungen aus portugiesischen und andern Archiven vereinigt er nun in einem starken Bande „Die zeitgenössischen Quellen zur Geschichte Portugiesisch-Asiens zur Zeit des hl. Franz Xaver“ (Leipzig 1932, Asia Major). Neben dreißig Tafeln mit photographischer Wiedergabe besonders merkwürdiger Urkunden enthält das Werk 6080 Regesten, die von Jahr zu Jahr aus Handschriften, alten Drucken und Inschriften mit genauer Angabe des Fundortes und des wesentlichen Inhaltes alles verzeichnen, was sich in europäischen und orientalischen Sprachen einstweilen finden ließ. Der Ertrag an neuen Erkenntnissen ist ungemein groß; „oft wirft ein einziger Brief“, sagt Schurhammer (VI), „dreihundertjährige Ansichten und ganze Geschlechtsregister über den Haufen“. Mit Hilfe der geschichtlichen Einleitung und des Registers, das für alle wichtigeren Personen und Orte den Stoff in sachliche Unterabteilungen ordnet, läßt sich, schon bevor die geplante Übersicht über die gesamte nachxaverische Literatur zur Geschichte Portugiesisch-Asiens in dieser Zeit und dann die abschließende Darstellung des Verfassers erscheinen kann, ein viel tieferes Verständnis der Mission des Apostels von Indien und Japan gewinnen, als es bisher möglich war.

Außerordentlich lehrreich ist eine Vergleichung der damaligen Arbeitsweise mit der geduldig über Wirtschaft und Schule zur Christianisierung strebenden Art, wie sie mit kritischem Ernst in Professor Schmidlins „Missionswissenschaftlichen Studien“ P. Dr. Alois Engel C. S. Sp. als „Die Missionsmethode der Missionare vom Heiligen Geist auf dem afrikanischen Festland“ (Knechtsteden 1932, Missionsdruckerei) schildert. Die durchweg aus ersten Quellen schöpfende, dreihundert Seiten umfassende Darstellung folgt ehrlich und begeistert dem Ringen einer jungen, alle neuzeitlichen Hilfsmittel ausnutzenden Genossenschaft, die ihre auf dem afrikanischen Festland weithin verteilten Missionen in achtzig Jahren, ohne sich durch Umwege und Fehler entmutigen zu lassen, von kaum hundert Katholiken auf rund 682 000 gebracht hat.

Der Streit katholischer Soziologen, ob die Sozialmetaphysik des päpstlichen Rundschreibens „Quadragesimo anno“ dem wissenschaftlichen System des Solidarismus oder dem des Universalismus entspricht, und von welchen letzten gedanklichen Richtlinien sich infolgedessen die künftige soziale Arbeit der Katholiken leiten lassen soll, ist zwar noch nicht entschieden, aber wesentliche Grundsätze für eine ersprießliche Lösung dieser nicht unwichtigen Frage sind teils von der einen, teils von der andern Seite bereits ausgesprochen worden. „Wissenschaftliche Kontroversen sind eine Voraussetzung des Fortschrittes der Erkenntnis“, wobei man freilich wünschen muß, „daß der Gelehrtenkampf sachlich bleibt“ (Dr. Eberle in der „Schöneren Zukunft“, 22. Mai 1932, 785). „Weitgehende Pressefehde“ ist „für die Klärung der schwierigen sozialen Problematik kaum geeignet“ (Dr. Landmesser in der „Kölnischen Volkszeitung“, 22. Mai 1932). Die nicht immer im selben Sinn gebrauchten Begriffe Solidarismus und Universalismus sind in der Auseinandersetzung

klar zu umgrenzen (Dr. Landmesser ebd., und ein „Kreis junger katholischer Soziologen“ im „Neuen Reich“, 11. Juni 1932, 729). Man kann den Gegnern „nicht Schlußfolgerungen zur Last legen, die sie ausdrücklich ablehnen und deren Schlüssigkeit sie bestreiten“ (v. Nell-Breuning im „Neuen Reich“, 4. Juni 1932, 709). Nimmt man dazu die Mahnung des Prälaten Schreiber auf der Passauer Generalversammlung der Görres-Gesellschaft, daß jeder katholische Verband sich in den Grenzen seiner Zweckbestimmung halten möge (Jahresbericht der Görres-Gesellschaft, Köln 1932, 98), und betrachtet man es als selbstverständlich, daß Organisationen, die für alle Katholiken gestiftet sind, Vertretern aller kirchlich zugelassenen Richtungen die Mitarbeit ermöglichen, so erscheinen die Voraussetzungen gegeben, eine gerade jetzt höchst unerwünschte Spaltung der am sozialen Aufbau tätigen Katholiken zu verhüten. (Vgl. diese Zeitschrift, Juni 1932, 145 ff.)

III.

Die Ansicht von dem wesentlichen Zusammenhang der Weltwirtschaftskrise mit den deutschen Kriegszahlungen gewinnt auch aufseiten der Gläubigerstaaten mehr und mehr Boden. Die „Frankfurter Zeitung“ (4. Juni 1932, Reichsausgabe) sieht den eigentlichen Grund für die unlösbare Verflechtung darin, daß ohne Beseitigung dieser Zahlungen das Mißtrauen zwischen den Völkern nicht schwindet; das aber hemme selbstverständlich die Investierungslust der Unternehmer und die Flüssigkeit des internationalen Austausches von Geld und Waren. Allerdings müßten zur vollen Wiederherstellung des wirtschaftlichen Vertrauens auch alle andern aus dem Kriege herrührenden Spannungen vermindert werden.

Selbst das scheint manchen nicht zu genügen, weil der Tiefstand der Geschäftsmoral, der das Vertrauen erschwert, seine Hauptursache nicht im Kriege, sondern im Kapitalismus habe. Wenn ein Mann wie Ivar Kreuger trotz der sprichwörtlichen schwedischen Ehrlichkeit und trotz eines beispiellosten Ansehens in allen führenden Kreisen der Welt nach riesenhaften Fälschungen Selbstmord begehe, müsse man schließen, daß sich die notwendige geschäftliche Sicherheit im kapitalistischen System nicht verwirklichen lasse. Dagegen leugnet ein Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ (17. April 1932, Reichsausgabe) durchaus, daß man „im Kapitalismus solchem Glücksrittertum wehrlos ausgeliefert sei“. Man dürfe sich nicht zu einem Byzantinismus verleiten lassen, der die zahlreich vorhandenen Kontrollmittel gegenüber einer bewunderten Persönlichkeit nicht anzuwenden wagt. Es sei „nicht ein Fehler des Systems, den der Fall Kreuger enthüllt, sondern ein Fehler der Menschen — ein Fehler, der sich ganz und gar nicht auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt“.

Dieses Urteil übernimmt der Jahresbericht des „Verbandes der Vereine Creditreform e. V. in Leipzig“ (Mai 1932), der außerdem den Vorwurf des Mangels an wirtschaftlicher Voraussicht zurückweist, den die Unterzeichner des Dawesplans und des Youngplans sooft hören

müssen. Die Undurchführbarkeit dieser Pläne hätten allerdings von Anfang an „sehr viele in Büchern, Broschüren und Reden nachzuweisen gesucht“, aber der „überzeugende Beweis, daß dieses Experiment mißlingen müsse“, sei ihnen „gegenüber dem Drängen unserer Gläubiger“ nicht gelungen, während jetzt die 25 Millionen Arbeitsloser in der Welt als lebendiger Beweis eine unwiderstehliche Wirkung ausübten.

Der erste Schritt zur Gesundung muß nach der Meinung eines der angesehensten Sachverständigen der Gegenwart von der Geldwirtschaft aus getan werden. „Für die nächste Zukunft“, schreibt Professor Keynes im „Atlantic Monthly“ (Mai 1932, 521), „ist es nicht mehr möglich, die Produktion auf eine normale Höhe zu bringen. Unsere Anstrengungen sind auf ein bescheideneres Ziel gerichtet. Sind wir imstande, den fast vollständigen Zusammenbruch zu verhindern, der das Geldwesen des modernen Kapitalismus bedroht? Man stellt sich diese Frage mit bangem Zweifel, wenn man sieht, daß der Geldmarkt der Welt ohne Führung ist, und daß man sich an den entscheidenden Stellen über Ursachen und Heilmittel gründlich täuscht.“ Auch der im Juni 1932 ausgegebene Bericht des Wirtschaftsausschusses beim Völkerbund betont, daß man mit einer internationalen Lösung der finanzpolitischen Fragen beginnen müsse.

Derselbe Bericht stellt ein ungeheures Fallen des Welthandelswertes fest: er habe im Jahre 1929 31 Milliarden Dollar betragen, im Jahre 1931 nur noch 18 Milliarden Dollar, und er werde bis Ende 1932 wahrscheinlich um weitere drei Milliarden Dollar abnehmen. Dabei seien nur 20 Prozent aus dem Rückgang der Preise zu erklären. Schweden hat mit 34 Prozent verhältnismäßig am wenigsten eingebüßt, England 45 Prozent, Italien 46 Prozent, Deutschland 49 Prozent, Frankreich 51 Prozent, Österreich 54 Prozent, die Vereinigten Staaten von Nordamerika 63 Prozent.

Die russische Planwirtschaft ist diesem Schicksal nicht entgangen. Wie in einer Sonderbeilage des „Berliner Tageblattes“ (Nr. 217, 8. Mai 1932) M. Bronskij vom russischen Volkskommissariat für Außenhandel auch nach deutschen Quellen darlegt, ist gegenüber dem Jahre 1913 die Produktion an Kohle, Petroleum, Gußeisen, Weizen und Baumwolle zwar bedeutend gestiegen, aber der Handel ist sowohl an sich wie im Verhältnis zum Welthandel gesunken. Bezeichnet man den Handelswert für 1913 mit 100 Prozent, so erhält man für 1930 nur 72,4 Prozent, für 1931 nur 66,2 Prozent. Am Welthandel war Rußland 1913 mit 3,7 Prozent beteiligt, 1930 mit 2,2 Prozent, 1931 mit 2,8 Prozent.

Ob und in welchem Sinne wirtschaftliche Autarkie die Rettung bringen kann, wird immer noch umstritten. In der einflußreichen Monatsschrift „Die Tat“ (Mai 1932) sucht der geheimnisvolle „Ferdinand Fried“ ausführlich die Unentrinnbarkeit einer staatlich geregelten Autarkie zu beweisen, die den Außenhandel keineswegs vernichte, sondern auf die „notwendigen Waren“ und auf seine „eigentlichen Aufgaben“ beschränke, nämlich auf „den wirklichen, einfachen Warentausch“ im Gegensatz zum „Spekulieren mit der Ware an sich, aus Selbstzweck und in beziehungslosen Papieren“ (148 f.). Dagegen sprach die vom „Berliner Tageblatt“

in der ersten Maiwoche veranstaltete Weltwirtschaftskonferenz, die aus vielen Ländern Europas und aus Amerika beschickt wurde, als ihre „einhellige Überzeugung“ aus, daß Autarkie zum wirtschaftlichen, sozialen, nationalen und kulturellen Niedergang führe und auch als „behelfsmäßige Zwischen- oder Notlösung“ abzulehnen sei. Allerdings brauche man nicht „unter allen Umständen und in vollem Umfang“ zu früher bewährten Methoden zurückzukehren, aber weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und größte Handelsfreiheit zwischen den Nationen seien „nicht nur das wirtschaftlichste, sondern das einzig wirtschaftliche System“. Am 24. Juni 1932 erklärte sich der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie ebenfalls gegen Autarkiebestrebungen. Dieselbe Stellung glaubte, da sonst „die schwersten sozialen und geistigen Erschütterungen“ zu befürchten wären, auch der Schlußbericht einnehmen zu müssen, den die in Basel vom 25. bis 29. April 1932 gehaltene „Ökumenische Studienkonferenz über Arbeitslosigkeit“ im Auftrage des „Ökumenischen Rates für praktisches Christentum“ veröffentlicht hat.

Was nach der technischen wie nach der menschlichen Seite hin für das Verständnis der Rationalisierung der Wirtschaft von Nutzen sein kann, erörtert auf mehr als 1300 Seiten das „Handbuch der Rationalisierung“, das mit Hilfe wirtschaftlicher Fachleute und Vereinigungen vom „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit“ herausgegeben wird und in seiner dritten Auflage (Berlin 1932, Spaeth & Linde) sachlich und bibliographisch erweitert worden ist. (Vgl. diese Zeitschrift, April 1932, I ff.)

„Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten“ ist der Titel eines von Max Sering und zahlreichen Mitarbeitern verfaßten Werkes (Berlin 1932, Parey), das Geschichte und Gegenwart des deutschen Ringens um Ackerland, Wiese und Wald wirtschaftspolitisch darstellt und auswertet.

Bekanntlich steht Geheimrat Sering als wissenschaftlicher Altmeister der deutschen Landwirtschaftspolitik auch an der Spitze des „Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen“, und gerade in den letzten Monaten ist von den verschiedensten Seiten geklagt worden, daß seine reif durchdachten Siedlungspläne infolge politischer und wirtschaftlicher Fehlgriffe so mangelhaft durchgeführt werden. Die Zeitschrift „Volk und Reich“ (Mai 1932) spricht von einer „Bankrottwirtschaft“, die den Steuerzahler viele Millionen koste und Bauern und Landarbeiter erbittere (327 f.). Die „Tat“ schreibt (Mai 1932, 189): „Die Siedlungsgesellschaften selber sind entweder reich geworden und die Siedler arm, oder sie sind mitsamt ihren Siedlern kaputt.“ Dabei zweifelt niemand, daß die Frage der ländlichen Ansiedlungsmöglichkeit für Hunderttausende eine Frage auf Leben und Tod ist. Werner Sombart meint in seiner für eine gewisse Autarkie eintretenden Schrift „Die Zukunft des Kapitalismus“ (Charlottenburg 1932, Buchholz & Weißwange), wir könnten vielleicht den jetzt 30 Prozent betragenden Anteil der Landbewohner an der Gesamtbevölkerung wieder, wie es noch 1882 der Fall gewesen sei, auf 42,5 Prozent bringen, und dadurch werde eine Bevölkerungsmenge

umgeschichtet, die ungefähr der Zahl unserer Arbeitslosen in den kommenden Jahren entspreche (44). Freilich machen andere Sachverständige geltend, daß der größte Teil der städtischen Arbeitslosen für ländliche Ansiedlung ungeeignet sei, und in der „Caritas“ (Mai 1932) wird berechnet, daß alles in Deutschland ohne Schaden für das Ganze noch erfaßbare Land höchstens für 375 000 Siedlerstellen ausreicht; daher sei Auslandsiedlung unerläßlich, und in Deutschland müßten „nicht nur die Siedler, sondern auch alle rechtlich-öffentlichen Körperschaften einschließlich der Kirchengemeinden ihre Ansprüche sehr stark herabsetzen“, wenn das Siedlungswerk weitergeführt werden solle (208).

IV.

Für den staatlichen Aufbau Deutschlands ersehnt im Aprilhefte der „Europäischen Revue“ (251) Karl Anton Prinz Rohan, der Begründer und Leiter der internationalen Kulturbundbewegung, eine Regierung, die ihm als „Wunschbild“ schon „seit Monaten“ vorgeschwebt habe: „eine Regierung der starken Männer, getragen von den dynamischen Kräften der nationalen Erneuerungsbewegung, gemäßigt und geformt vom Wirklichkeitssinn des Katholizismus und gestützt von den Ordnungsgewalten der Reichswehr und der Polizei“. Dieses neue politische System, fügt er (252) hinzu, müsse „weitgehend frei von Bindungen an Parteien oder gar Parlamente, aber durch Unterstützung vonseiten der entscheidenden Volksbewegungen und staatlichen Kräfte“ mächtig genug sein, „um starke nationale Staaten als Träger eines machtvollen und autoritätsbetonten Deutschen Reichs zu schaffen“. — Selbst wenn die durch den Rücktritt der Regierung Brüning ans Ruder gelangten Männer mehr von diesem Wunschbild verwirklichen sollten, als einstweilen erkennbar ist, bliebe die Schaffung einer gerechteren sozialen Ordnung das einzige Mittel, der Entwicklung vorzubeugen, die gleich vielen andern z. B. der Kieler Akademieprofessor Emil Fuchs kurz vor der neuen Wendung befürchtete: entweder „direkt in den Übergang zum Bolschewismus durchs Chaos“ oder „Faschismus — Chaos — Bolschewismus“ („Die christliche Welt“, 1. Juni 1932, Sp. 514).

Starke „Ordnungsgewalten“ tun wahrlich not, weil maßlos aufhetzende Sprache und rohe Tätlichkeit leider ein beschämendes Kennzeichen weiter Gebiete unseres politischen Lebens geblieben sind. Dieser geistlosen Barbarei steht die neue Regierung nicht anders gegenüber als die alte. Die Richtlinien, die Reichsinnenminister Groener im April 1932 den Landesregierungen zur Durchführung der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen gab, verlangen von der Presse, daß „Meinungsäußerung und Kritik sich in den Grenzen der Sachlichkeit halten“, und im selben Monate (Wolffmeldung, 17. April) erklärte der Minister es als ein Grundgesetz alles staatlichen Lebens, „daß die Macht im Staate nur von den Organen des Staates selbst ausgeübt werden darf“. Genau so hat Freiherr v. Gayl in seiner programmatischen Rede vor dem Reichsrat am 9. Juni 1932 allen Volkskreisen die „staatsbürgerliche Pflicht“ auferlegt, „ihr Tun im Rahmen der Gesetze zu halten und Gewalttätigkeiten

und rohe Verunglimpfungen andersdenkender Mitbürger zu unterlassen“; dafür werde er alle Machtmittel des Staates einsetzen. In der „Christlichen Welt“ (14. Mai 1932, Sp. 477) mahnt der Herausgeber, Professor Hermann Mulert von der Universität Kiel, alle Christen zu ernster Besinnung auf ihre Verantwortung „gegenüber der Entartung unseres politischen Lebens“, und auch die Kirche müsse sich fragen, „ob sie nicht schon längst mit ganz anderem Ernst und Nachdruck gegen Leichtfertigkeit und Unsachlichkeit politischer Propaganda, gegen Verhetzung und Gewalttat im politischen Kampfe sich hätte wenden müssen“. Die überall geltende katholische Lehre spricht Kardinal Hlond aus, wenn er in seinem auch deutsch erschienenen Hirtenbrief vom 23. April 1932 an die „katholischen Bürger und Führer“ seines Landes die sehr deutlichen Worte richtet: „Ein Unheil für das heutige öffentliche Leben ist der Haß, der die Bürger des Staates in unversöhnliche Lager teilt, der mit den politischen Gegnern wie mit Menschen schlechten Willens verfährt, der sie ohne Rücksicht auf ihre Würde als Menschen und Volksgenossen schnöde behandelt, ihnen die Ehre raubt und sie moralisch vernichtet. An Stelle der Wahrheit macht sich die Lüge breit, die Demagogie, die Verleumdung, eine unlautere und niedrige Art der Diskussion und der Politik.“ (Vgl. diese Zeitschrift, April 1932, 33 ff.)

Da es besonders wichtig und schwierig ist, vor dieser Verwilderung die Jugend zwischen 14 und 21 Jahren zu schützen, so bietet sich zur rechten Zeit ein umfassendes „Handbuch der Jugendpflege“ an, das von Ministerialrat Dr. Kurt Richter und zahlreichen andern Sachverständigen verfaßt wird und in 15 Heften innerhalb eines Jahres erscheinen soll (Eberswalde 1932, R. Müller). Das bereits vorliegende Heft („Förderung der Jugendpflege durch Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände“ von Landrat Dr. Becker und Regierungsdirektor Gildemeister) stellt ausführlich die in Preußen geschaffenen Einrichtungen dar und berücksichtigt nur kurz die Leistungen des Reiches und der außerpreußischen Reichsländer.

Wer durch Wort oder Schrift praktisch an der Gesundung der Gegenwart arbeiten und auf breite Volkskreise einwirken will, wird auch in dem Buche von Dr. Anton Klotz, „Dokumente und Materialsammlung zu sozialen und kulturellen Problemen der Zeit“ (Innsbruck 1932, Tyrolia) eine ausgezeichnete Hilfe finden.

Wissenschaftlichen und praktischen Zwecken zugleich dient das vom Deutschen Auslandinstitut herausgegebene „Bibliographische Handbuch des Auslandsdeutschtums“ (Stuttgart 1932, Verlag Ausland und Heimat), das aus der bereits 35 000 Nummern zählenden Nachweiskartei des Instituts die sechstausend wichtigsten Bücher und Zeitschriftenaufsätze in sachlicher Anordnung verzeichnen wird. Von den geplanten acht Lieferungen, deren erste erschienen ist, entfallen fünf auf allgemeine Fragen und Europa, zwei auf die übrigen Erdteile, eine auf das Register.

Vielleicht kann gerade die echt nationale Sorge um die Millionen unserer Stammesbrüder im Auslande den durch überspannten Nationalismus immer

wieder getrübbten Blick für die Notwendigkeit der internationalen Friedensarbeit klären helfen. Der stärkste und oft einzige Schutz nationaler Minderheiten ist ja das Eintreten der öffentlichen Weltmeinung für die Gerechtigkeit, und das ist offenbar bei unfreundlichen internationalen Beziehungen schwer zu erreichen. Darum verdient festgehalten zu werden, so selbstverständlich es an für sich sein sollte, daß der französische Ministerpräsident Herriot in seiner ersten Regierungserklärung am 7. Juni 1932 bei den Ausführungen über Abrüstung und Sicherheit großen und kleinen Staaten gleiche Rechte zuerkannt hat.

Auf den von China erhobenen Vorwurf, Japan verletze diesen Grundsatz durch sein Vorgehen in der Mandschurei und in Shanghai, gibt der japanische Politiker K. K. Kawakami eine für die Völker der weißen Rasse wenig schmeichelhafte Antwort. Er zeigt im „Atlantic Monthly“ (Juni 1932) an zahlreichen Beispielen und Äußerungen nordamerikanischer Staatsmänner, daß die Vereinigten Staaten in den letzten Jahrzehnten mehrmals, allerdings immer nur gegen kleine Völker (650), durch ihre Macht erzwungen haben, was sie für ihr Recht erklärten. „Bekanntlich ist die Entschuldigung, man müsse sich verteidigen, immer leicht, und Kellog spricht jedem Staate das Recht zu, selber zu bestimmen, was zur Verteidigung erforderlich ist“ (651). Wie z. B. Panama sich unter dem „Schutze“ der nordamerikanischen Flotte von Kolumbien getrennt habe, so löse sich nun die Mandschurei von China unter dem „Schutze“ des japanischen Heeres. „In beiden Fällen ist die treibende Kraft gleich: Amerika wollte den Panamakanal bauen, Japan will Port Arthur, Dairen und die Südmandschurische Eisenbahn sichern“ (652). Es gebe auch japanfreundliche europäische Großmächte, die „in China ebenfalls Niederlassungen, Eisenbahnen, Bergwerke, Missionen und Schulen zu schützen“ hätten. „Sie sind ungescheut realistisch und hartgesotten. Auf Altruismus erheben sie keinen Anspruch“, und obwohl sie amtlich eine andere Sprache führen müssen, fühlen sie „außeramtlich sehr wohl, daß Japan für sie ebensogut kämpft wie für sich selbst“ (656).

Gegenüber der mit den japanisch-chinesischen Kämpfen zusammenhängenden Möglichkeit eines bewaffneten Angriffs auf die Sowjetunion hat nicht bloß der Weltkommunismus („Die kommunistische Internationale“, 25. März 1932, 429 ff.) zum Kampf gegen Waffenlieferungen aufgerufen, sondern auch die „Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale“ („Vorwärts“, Nr. 235, 21. Mai 1932) beschlossen, auf die Regierungen aller Länder zu Gunsten des Friedens mit Rußland einzuwirken. Stelle Japan seine Kriegsvorbereitungen nicht ein, so solle der „Internationale Gewerkschaftsbund“ angerufen und eine gemeinsame Verhinderung von Kriegslieferungen nach Japan organisiert werden.

Trotzdem ist die internationale Kriegsindustrie seit dem Beginn der ostasiatischen Kämpfe so stark beschäftigt, daß die Londoner katholische Zeitschrift „The Month“ schon im April 1932 (358) schrieb: „Da es bekanntlich in keinem Kriege an Händlern gefehlt hat, die unbedenklich den Feind ihres Landes ausrüsten halfen, so kann es niemand

verargt werden, wenn er als eine der Ursachen für die unnötige Entstehung und Verlängerung der Feindseligkeiten in der Mandschurei und in Shanghai das Mitspielen schmutziger Handelsinteressen vermutet. Bevor dieser gefährliche Handel unter Staatsaufsicht gestellt und streng begrenzt ist, wird er sich seine Geschäftsgelegenheiten ohne Zweifel selber schaffen.“ Freilich werde es nicht leicht sein, die Machenschaften von Leuten zu entlarven, die gewissenlos genug sind, um klingenden Lohn zum Kriege zu treiben.

„Wie würde ein neuer Krieg aussehen?“ lautet eine von sachverständigen Angehörigen verschiedener Länder, darunter auch von Deutschen, Engländern und Franzosen, beantwortete Umfrage der „Interparlamentarischen Union“. Aus dem umfangreichen Buche (Zürich 1932, Orell Füßli) ergibt sich, daß im allgemeinen die Offiziere der Ansicht sind, jeder kriegführende Staat werde im Notfall einschränkende Bestimmungen durchbrechen, daß ferner nach dem Urteil der Naturwissenschaftler die chemischen, elektrischen und bakteriologischen Kampfmittel das gesamte Gebiet der kriegführenden Länder bestreichen, und daß endlich die Staatsrechtler eine Milderung der Kriegsgreuel durch internationale Abmachungen für schwierig halten. Am besten verhindere man den Krieg dadurch, daß man sich bemühe, die Überzeugung von seiner Schädlichkeit für alle Beteiligten zur öffentlichen Meinung der Welt zu machen. Die Verbreitung dieser Erkenntnis ist um so notwendiger, als die Kriegsindustrie, wie Viscount Robert Cecil am 14. Juni 1932 in einer Londoner Massenversammlung mitteilte, unaufhörlich durch aufgekaufte Zeitungen gegen die Abrüstungskonferenz arbeiten läßt.

V.

Deutsches Universitätsleben mit all seinen Spannungen zwischen Idealismus und Kleinlichkeit, zwischen Gesetz und Freiheit, zwischen Not und Fröhlichkeit spiegelt sich in der von Professor Max Buchner herausgegebenen Festschrift zum dreihundertfünfzigjährigen Bestehen der Universität Würzburg („Aus der Vergangenheit der Universität Würzburg“, Berlin 1932, Springer). Die Geschichte der ruhmreichen medizinischen Fakultät ist vollständig dargestellt und füllt beinahe die Hälfte des mächtigen Quartbandes, während in der andern Hälfte Mitglieder der übrigen Fakultäten sich meistens auf einige Seiten aus der Geschichte des Lehrkörpers und der Einrichtungen beschränken.

Als deutsche Hochschule für Medizin und Technik besteht seit einem Vierteljahrhundert die durch den japanischen Angriff auf Shanghai schwer geschädigte Tungchi-Universität in Wusung. Es ist eine chinesische Staatsuniversität, an der unmittelbar vor der kriegerischen Unterbrechung der Lehrtätigkeit 29 deutsche Dozenten wirkten. Wie einer von ihnen, Professor Kraus von der technischen Fakultät, in der Zeitschrift „Der Auslandsdeutsche“ (Mai 1932, 234 f.) erzählt, ließen die 500 Studenten sich durch die Schwierigkeit der deutschen Unterrichtssprache nicht abschrecken. Sie eilten auf wochenlangen Reisen aus den entlegensten Pro-

vinzen herbei, und jährlich mußten 800—1000 wegen Platzmangels abgewiesen werden.

In Japan ruht von den Universitätswissenschaften neben der Medizin hauptsächlich die Philosophie auf deutschen Grundlagen. Daß nun Hegels Ansehen in Japan zusehends wächst, hat nach Mitteilung von Dr. W. Gundert, dem Leiter des Japanisch-Deutschen Kulturinstituts in Tokio, nicht bloß in der japanischen Vorliebe für alle neuesten Strömungen seinen Grund, sondern erklärt sich auch daraus, daß die japanische Jugend sich sehr viel mit dem aus der Philosophie Hegels hervorgegangenen Marxismus beschäftigt, und daß die rührigen Mahayanabuddhisten in Hegels Dialektik eine Bestätigung ihrer Weltanschauung finden („Kantstudien“ XXXVII 232, Berlin 1932).

Das im Juni 1932 erschienene starke Doppelheft der „Blätter für deutsche Philosophie“ ist großenteils der Ganzheitsforschung gewidmet, sowohl ihrer Gesamterscheinung wie ihrer Anwendung auf Einzelgebiete. Freilich stellt dabei der Tübinger Professor Max Wundt in seinem Leitungsbeitrag fest, daß zwar kaum ein „Zug so deutlich die allgemeine Richtung des heutigen wissenschaftlichen Denkens“ bezeichne wie „das Bemühen, auf jedem Gebiete den eigentümlichen Ganzheiten gerecht zu werden“ (9), daß aber eigentlich dieselbe „Denkrichtung“ die ganze Geschichte der Philosophie durchlaufe; denn „unter mancherlei Namen“, als „das Eine und Seiende, als Entelechie und Monade, als Form oder Typus, als Gestalt und Prinzip“, besonders als „Idee“, erscheine die „Ganzheit“ immer wieder (23). (Vgl. diese Zeitschrift, Mai 1932, 85 ff.)

Wo der Gedanke der Ganzheit in die Erscheinung treten sollte, wie etwa in unserer Theaterkunst, schreitet im Gegenteil der Zerfall fort. Sogar die — oft mit Recht — als Entschuldigung angeführte wirtschaftliche Hemmung ist hier nur deshalb so stark geworden, weil der Blick auf das Ganze gefehlt hat. In einem Aufsatz des „Nationaltheaters“, der Vierteljahrschrift des Bühnenvolksbundes (April 1932, 262 ff.), schreibt ihr Herausgeber Rudolf Rößler es den kurzsichtigen Versorgungsgrundsätzen eines riesigen Beamtenapparates zu, daß die preußischen Staatstheater, die während der letzten vier Jahre fast vierzig Millionen Staatszuschüsse zur Verfügung hatten, dennoch mit einem „Theaterbankrott, wie er in Europa ohne Beispiel ist“, vor dem wirtschaftlichen und künstlerischen Zusammenbruch stehen. Für einen „künstlerischen Reformgeist, für den längst notwendigen Aufbau, für einen Entschluß zur ganzen Arbeit“ sei in dieser Wirtschaft kein Platz gewesen. Nicht an Geld habe es gefehlt, sondern an „Leitung“. In den „Preußischen Jahrbüchern“ (Juni 1932, 270) spricht ihr ständiger Theaterkritiker Hans Knudsen ebenso, und obgleich auch von den übrigen Theatern im Reich nicht viel zu rühmen ist, verdienen nicht alle das Urteil (272): „Ein ganz trüber und kläglicher Theaterwinter geht zu Ende. Unter welchen Auspizien im Herbst die Theater beginnen werden — niemand kann es ahnen. Daß aber die Theaterkunst in Berlin weiter so toll, so verantwortungslos, so unbegabt, so sinnlos geführt wie in dieser abklingenden Spielzeit, vor die Hunde geht, steht

fest, wenn es auch nicht mehr allzu viel ist, was Berlin als Theaterstadt zu verlieren hat.“ (Vgl. diese Zeitschrift, Mai 1932, 99 ff.)

Von erhebender Zielsicherheit ist die wissenschaftliche Führung des Geisteslebens der Katalanen. Trotz der noch durchaus nicht überwundenen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der letzten Jahre hat dieser Stamm von zweieinhalb Millionen Menschen die allseitige Erforschung seines Volkstums in dem „Institut d'Estudis Catalans“ und in der „Biblioteca de Catalunya“ unermüdlich weitergeführt und dabei auch für scheinbar abliegende Aufgaben Verständnis und Kraft gefunden. So hat der Vorsteher der musikwissenschaftlichen Abteilung der Bibliothek von Katalonien, Mossèn H. Anglès, die berühmte Musikhandschrift des uralten Zisterzienserinnenklosters Las Huelgas bei Burgos mit geschichtlichen und bibliographischen Einleitungen, vollständigem Faksimile und moderner Umschreibung der Noten und Texte in drei Quartbänden herausgegeben („El Codex de las Huelgas. Música a veus dels segles XIII—XIV.“ Barcelona 1931, Institut d'Estudis Catalans). Ja eine Privatgesellschaft, die „Biblioteca Balmes“, umspannt mit ihrer Tätigkeit ebenso die linguistischen und literarischen Veröffentlichungen ihrer „Oficina Románica“ wie die theologischen „Analecta Sacra Tاراconensia“, die allen kirchlichen Wissenschaften offenstehen, sie sorgt ebenso für hochwertige exegetische und aszetische Schriften in katalanischer Sprache, wie sie Stipendiaten zu romanischen und arabischen Studien an auswärtige Universitäten schickt — alles unter dem Schutze der Mare de Déu de Montserrat.

VI.

Durch den Automobilverkehr wurden im Mai 1932 in München 14 Menschen getötet, in dem 1929 nicht viel größeren St. Louis in Nordamerika waren es damals während des ganzen Jahres 162, in Großbritannien sind es jetzt täglich 18, in den Vereinigten Staaten jährlich 33 000. Viscount Brentford, der als Staatssekretär des Innern fünf Jahre lang die Polizei unter sich hatte, schreibt in der Londoner Wochenschrift „The Spectator“ (14. Mai 1932, 691), das Recht auf Sicherheit gehe dem Recht auf Schnelligkeit vor, und deshalb müsse der Staat die Schnelligkeit so weit einschränken, wie es die Sicherheit erfordere. „Ich sage das als alter Automobilfahrer, aber auch als einer, der sieht, daß auf den Straßen von Großbritannien täglich 18 Menschen getötet und 53 verwundet werden. Das sind doch vernichtende Zahlen, und der Staat hat kein Recht, sie zu dulden.“ Ein Mitglied des nordamerikanischen „National Safety Council“, Curtis Billings, sagt im „Atlantic Monthly“ (Juni 1932, 700), aus den in seiner Organisation gesammelten Erfahrungen stehe fest, daß Automobilunfälle durch technische Ausbildung der Fahrer, allgemeine Erziehung und behördliche Maßnahmen verringert werden. Aber wirksam habe man gewöhnlich nur dort eingegriffen, wo man durch private Sicherheitsvereine dazu gedrängt worden sei.

Ebenfalls nicht rein technisch lassen sich die Aufgaben bewältigen, die sich für den Sommer 1932 eine von hervorragenden Gelehrten aus ungefähr

vierzig Staaten geleitete Nordpolfahrt gestellt hat. Die Sowjetunion, für die wegen ihrer geographischen Lage die meteorologischen und biologischen Verhältnisse zwischen Nordpol und Polarkreis von besonderer Wichtigkeit sind, will zu ihren dort schon bestehenden 26 Beobachtungsposten 19 weitere errichten. Auch der ständig in Rußland arbeitende italienische General Nobile will sich an der russischen Expedition beteiligen. Obgleich sie mit Eisbrechern, Motorschlitten, Flugzeugen und Funkapparaten gut versehen ist, erwartet die Teilnehmer ein so hartes Leben, daß Professor Samoilowitsch, Direktor am Arktischen Institut in Leningrad, die Hunderte, die bereits brieflich um Erlaubnis zur Mitfahrt ersucht hatten, im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 217, 8. Mai 1932) ausdrücklich warnte.

Jedenfalls werden diese Nordfahrten nicht die furchtbaren Wirkungen haben, die nach den Untersuchungen von Georg Sticker, dem Würzburger Professor für Geschichte der Medizin, die berühmten Westfahrten der Europäer mit Schmach bedecken. Im „Ibero-Amerikanischen Archiv“ (April 1932) schreibt er, „die Behauptung, der Neuen Welt und dem Verkehr mit den dortigen Indianern verdanke Europa, verdanke die Menschheit ihre Syphilis“, sei „eine grundlose Behauptung“ (79). Vielmehr habe die Alte Welt, wo diese Seuche nach dem Zeugnis der Ärzteschulen von Montpellier, Salerno und Bagdad bereits Jahrhunderte vorher bekannt gewesen sei (68), „die Indianer beider amerikanischen Kontinente“ angesteckt (80). „Wo immer die Indianer sich von den Europäern fernhalten konnten, da kannten sie diese Geschlechtspest nicht“ (81). Tausende von ausgegrabenen Indianerskeletten sind genau untersucht worden, und während sich an keinem einzigen Knochen aus vorkolumbischer Zeit Spuren von Syphilis fanden, waren in Grabanlagen des 17. und 18. Jahrhunderts in Kentucky „bei 70 Prozent aller Indianerskelette die anatomischen Merkmale bestandener Syphilis nachweisbar“ (83). (Vgl. diese Zeitschrift, April 1932, 50 ff., und Juni 1932, 161 ff.)

Weniger schrecklich als überraschend ist im Gegensatze zu Goethes bekannten Versen: „Vom Vater hab' ich die Statur, des Geistes ernstes Führen“ der Schluß, zu dem in „Natur und Kultur“ (Mai 1932, 173) Professor van Bemmelen, Vertreter der Zoologie und vergleichenden Anatomie an der Universität Groningen, gelangt. Es scheint sich ihm „zwingend zu ergeben, daß Goethe sein Äußeres, Körperbau und Gesichtsausdruck, vornehmlich der Lindheimerschen Erbschaft, der Großmutter von mütterlicher Seite, verdankte, und daß dieser Typus eine ungewöhnliche Vererbungskraft in einer langen Reihe von Generationen aufwies. Dazu stimmt ferner, daß eine Reihe Einzelzüge, die sich vor allem aus schriftlichen Aufzeichnungen ergeben, eine sicherlich ebenso große geistige Übereinstimmung Goethes mit seiner Mutter, seiner Großmutter mütterlicherseits und weiterhin deren Vater erkennen lassen.“